

# Der Kampf um Einflußsphären ist unzeitgemäß

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation für die 33. Generalversammlung

KURT WALDHEIM

## I. Aufgaben und Probleme

Im vergangenen Jahr waren die Vereinten Nationen aktiv mit einer größeren Zahl und Vielfalt von Problemen befaßt als je zuvor in ihrer Geschichte. Gemessen in Arbeitsstunden, Sitzungen oder Reisen war es ihr bisher aktivstes und arbeitsreichstes Jahr. Manche ihrer wichtigsten Aktivitäten sollen zwar eher das Schlimmste verhindern als spektakuläre Lösungen erzielen, die Vereinten Nationen haben jedoch in diesem Jahr bei manchen außerordentlich schwierigen Problemen auch erkennbare Fortschritte erzielt. Das pragmatische und realistische Herangehen an die Lösung von Problemen, das sich in den letzten Jahren herauszubilden begann, hat zu praktischen Ergebnissen geführt, an denen die Organisation ihre Möglichkeiten zu demonstrieren und ihre Fähigkeiten zu entwickeln vermag. Sowohl für die Fragen, um die es geht, als auch für die Zukunft der Vereinten Nationen ist dies gleichermaßen erfreulich.

Auch wenn man das Weltgeschehen nur sehr oberflächlich verfolgt, gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß eine weltweite Organisation und eine weltweite Ordnung — wie unvollkommen oder manchmal wenig wirksam diese zur Zeit auch sein mögen — immer unentbehrlicher und immer notwendiger werden. Daß sich in der Welt gleichzeitig eine größere nationale Vielfalt und eine größere gegenseitige Abhängigkeit herausbildet, daß es im hergebrachten Sinn des Wortes immer mehr Mächte gibt und zugleich die Gewalt immer allgegenwärtiger und gefährlicher wird, läßt gleichzeitig die Notwendigkeit wie auch die Schwierigkeit der Herbeiführung einer Weltordnung erkennen. Gerade weil wir in einer Welt von Nationalstaaten leben, die eifersüchtig ihre Souveränität hüten und oft ihre Nachbarn fürchten, in einer Welt regionaler Konflikte, zunehmender Armut, wirtschaftlicher Erschütterungen, explosionsartigen Bevölkerungswachstums und immer ungesünderer Umweltverhältnisse, einer Welt, die unter dem drohenden Schatten der Massenvernichtungswaffen steht, ist der Ausbau eines starken und erfolgreichen Systems der Vereinten Nationen eine lebenswichtige Notwendigkeit. In einer solchen Lage können wir uns Verzweiflung oder Zynismus nicht leisten, so verlockend eine solche Haltung manchmal auch sein mag. Wenn wir unsere großen internationalen Probleme eindämmen und schließlich lösen wollen, können und müssen wir ein Gefühl der menschlichen Solidarität entwickeln, das seinen praktischen Ausdruck in einer starken Familie von internationalen Institutionen findet.

Dies erfordert gleichzeitig Fortschritte auf mehreren Gebieten. Es erfordert Fortschritte bei der Abrüstung. Es erfordert konzentrierte und konstruktive Bemühungen zur friedlichen Lösung von Konflikten, insbesondere im Nahen Osten und im Südlichen Afrika. Es erfordert praktische und erfolgreiche Versuche zur besseren Verteilung der auf der Welt vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Es erfordert realistische und kooperative Bemühungen um die Behebung der Ursachen für berechtigte Klagen. Und es erfordert vor allem das gemeinsame Bemühen, sich zugunsten der Verfolgung weltweiter Ziele von engen, nationalistischen Vorstellungen zu lösen.

Auf all diesen Gebieten ist schon viel Basisarbeit geleistet worden, man darf jedoch nicht übersehen, daß vielerorts aus verschiedenen Gründen immer noch ein Gefühl der Frustration besteht. Einige sind enttäuscht, weil es so schwierig ist, praktische Maßnahmen zu veranlassen oder seit langem bestehende Mißstände und Ungerechtigkeiten zu beheben, andere, weil sie meinen, daß man unrealistische Reden hält statt durchführbare und realistische Kompromisse zu schließen. Oft genug werden der Ärger und die Enttäuschung an eben den internationalen Organisationen ausgelassen, die noch am ehesten die Hoffnung auf Abhilfe bieten.

Entscheidend ist, daß solche Gefühle nicht die wahren Ursachen unserer Schwierigkeiten verdecken oder die zur Lösung dieser Probleme geschaffenen Organisationen schwächen. Es wird heute kaum noch bezweifelt, daß manche unserer größten Probleme nur auf multilateraler Ebene behandelt werden können. Die internationalen Organisationen müssen daher unbedingt so entwickelt werden, daß Regierungen und Völker Vertrauen zu ihnen fassen und ihnen die Mittel in die Hand geben, mit denen sie praktische Ergebnisse erzielen können. Wenn man z. B. die Vereinten Nationen richtig einsetzt, kann mit ihnen ein großer Teil des Mißtrauens und der Unsicherheit überwunden werden, die so viele internationale Probleme unlösbar erscheinen lassen. Ich bin froh, daß sie immer mehr in diesem Sinne gebraucht werden.

Einer der Gründe für die Enttäuschung über die Rolle der Vereinten Nationen als Instrument der internationalen Zusammenarbeit ist meines Erachtens zum Teil auf die Art und Weise zu-

rückzuführen, wie wir von großen Problemen zu sprechen gewohnt sind. Bei den Vereinten Nationen und sonst in der Welt ist oft von — meist gerechten und dauerhaften — »Regelungen« und von — meist langfristigen und umfassenden — »Lösungen« die Rede. Diese Redeweise vermittelt den Eindruck, daß bei entsprechendem Eifer und genügender Findigkeit selbst das widerspenstigste Problem voll und ganz gelöst werden könne und gelöst werden würde. Die Annahme, man könne stets eine vollständige Lösung erzielen, kann jedoch leicht zu Enttäuschungen führen. Die Probleme, die vor die Vereinten Nationen gelangen, sind meist außerordentlich komplizierte Fragen. Viele stellen zugleich auch eine potentielle Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Die Vereinten Nationen bieten einen politischen Rahmen, in dem sich solche Probleme eindämmen, entschärfen und behandeln lassen. Sie bieten auch einen Ort, wo alle übereinkommen können, gemeinsam auf eine Lösung oder eine Regelung hinzuwirken. Sehr oft gelangt man zu einer derartigen Regelung jedoch nur langsam und durch einen Entwicklungsprozeß, in dessen Verlauf man das Problem behandeln und die positiven Kräfte ständig in die richtige Richtung lenken muß. Dies ist eine höchst wichtige, praktische Funktion der Vereinten Nationen, die nicht durch die Enttäuschung darüber verdeckt werden sollte, daß es manchmal nicht gelingt, eine schnelle und umfassende Lösung zu finden.

Ebenso kann im Wirtschafts- und Sozialbereich das Reden von neuen Strategien und von Aktionsprogrammen zu einem übermäßigen Optimismus führen, dem dann schnell die Enttäuschung folgt. Wir dürfen nie vergessen, daß wir uns dabei mitten in einem unendlich komplizierten historischen Prozeß befinden. Wir können und müssen hart um Erfolge kämpfen, die für sich genommen oft gering erscheinen. Wenn wir uns auch in die richtige Richtung bewegen, macht schon allein das Streben nach Verbesserung sehr oft den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage, zwischen einem vernünftigen Maß an Ordnung und völligem Chaos aus. Ich muß hier allerdings meiner großen Sorge über den gegenwärtigen Stillstand des Nord-Süd-DIALOGS und bei wichtigen Aspekten in der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung Ausdruck geben. Wenn es nicht bald gelingt, diese Schwierigkeiten zu überwinden, wird dies zu schwerwiegenden politischen und auch wirtschaftlichen Rückwirkungen führen.

Was wir in den kommenden kritischen Jahren benötigen, sind der Realismus und die Entschlossenheit zur Entwicklung unserer praktischen Fähigkeit, von den bereits bestehenden Grundlagen auszugehen und auf den von allen akzeptierten Zielen und Grundsätzen der Charta aufzubauen.

## II. Ost-West-Beziehungen; Sicherheitsrat

Es gibt einige weltpolitische Aspekte, mit denen die Vereinten Nationen nicht direkt zu tun haben, die aber nichtsdessenungeachtet die Atmosphäre und den allgemeinen Rahmen für ihre Bemühungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit stark beeinflussen. Im vergangenen Jahr bemerkte ich, daß die Ost-West-Beziehungen eine Phase der Neubewertung durchzumachen scheinen, die sich unvermeidlich auch auf zahlreiche wichtige Weltprobleme auswirkt. Die Ost-West-Differenzen treten zwar in den internationalen Organisationen weniger hervor, als dies früher der Fall war, sie behalten aber für die gegenwärtige weltpolitische Situation und für die Behandlung der weltpolitischen Fragen durch die anderen Regierungen auch weiterhin eine Schlüsselstellung. Wir haben dies erst kürzlich bei der Abrüstung gewidmeten Sondertagung der Generalversammlung erlebt, als die parallel laufenden Gespräche über ein zweites Abkommen über die Begrenzung strategischer Waffen eindeutig von entscheidender Bedeutung für alle anderen Bemühungen waren. Es sollte auch alles dafür getan werden, daß die Spannungen in einigen der sehr schwierigen Situationen, die sich in Afrika insbesondere im vergangenen Jahr herausgebildet haben, nicht durch Ost-West-Probleme verschärft werden. Die ersten Maßnahmen des Sicherheitsrats in der Namibia-Frage zeigen eine erfreuliche Tendenz zum gemeinsamen Vorgehen auf einem abgesprochenen Weg. Ich hoffe, daß sich diese Tendenz auch auf anderen Gebieten zeigen und schließlich zur vorherrschenden Methode bei der Lösung afrikanischer Probleme werden wird.

Jede Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den Großmächten ist unvermeidlich ein wichtiger Faktor für das internationale Klima. Ich bin weiterhin davon überzeugt, daß die Großmächte viel zu erfahren und viel zu klug sind, um ihre Beziehungen so schlecht werden zu lassen, daß sie eine ernste Gefahr

für den Weltfrieden werden. Ich bin jedoch sehr besorgt über die mögliche Wechselwirkung der zwischen ihnen bestehenden Spannungen und den regionalen Konflikten, die immer wieder in verschiedenen Teilen der Welt ausbrechen. Die potentielle Hauptgefahr für den Weltfrieden scheint mir darin zu liegen, daß der eine oder andere regionale Konflikt plötzlich in eine enge Verbindung mit dem komplexen Verhältnis zwischen den nuklearen Großmächten gerät und dieses Verhältnis bis zum Zerreißen belastet. Diese Sorge hängt wiederum zusammen mit dem Problem des Eingreifens oder des Nichteingreifens in irgendwo auf der Welt stattfindende Ereignisse und mit höchst kontroversen und schwierigen Situationen, die aus Militärpakten, aus Ersuchen um militärische Hilfe und aus massiven Waffenlieferungen an die gegnerischen Seiten regionaler Konflikte entstehen.

Ich hoffe sehr, daß die Regierungen dieser Welt und insbesondere die größeren Mächte klug genug sein werden, um sich vom Kampf um Einflußsphären zu lösen. In der gesamten uns bekannten Geschichte haben solche Kämpfe immer große Leiden und Zerstörungen verursacht, vor allem für die unschuldigen Zuschauer, die stets die überwältigende Mehrheit der Menschheit ausmachen. Einer der Hauptgründe für die Schaffung der Vereinten Nationen war der Versuch, den Kampf um Einflußsphären durch ein zivilisierteres und repräsentativeres Ordnungssystem zu ersetzen, in dem die Völker der Welt — und zwar die Schwachen ebenso wie die Starken — ihre Beziehungen und ihre gemeinsamen Probleme unter Zustimmung und Mitwirkung aller regeln würden. Aber ein solches neues System kann nur Erfolg haben, wenn es von allen Nationen voll und ganz unterstützt wird und wenn alle den Pflichten und Aufgaben gerecht werden, die sie in der Charta eingegangen sind. Es wäre wirklich ein tragischer Rückschlag, wenn wir diesen grundlegenden und harterkämpften weltpolitischen Fortschritt wieder aufgeben und zu einem System zurückkehren würden, das bisher die Herrschaft der wenigen über die vielen bedeutete und ständig die Gefahr eines Weltkrieges mit sich brachte. Wir müssen dahin zu kommen suchen, daß das System und die Grundsätze der Charta und nicht die Rivalitäten der Großmächte das entscheidende und beherrschende Element der internationalen Ordnung sind.

Die Vereinten Nationen sollten unter anderem Gerechtigkeit und Frieden für alle Nationen garantieren, ganz besonders für wehrlose oder kleine Länder, die in einer ausschließlich von Machtpolitik beherrschten Welt sonst keinerlei Zuflucht hätten. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß die Vereinten Nationen gegenwärtig nicht immer in der Lage sind, diese wesentliche Funktion auszuüben, und das es viele Situationen gibt, in denen militärische Macht oder politischer Einfluß eine viel größere Rolle spielen als die Prinzipien der Gerechtigkeit und die Rechte aller Nationen, wie sie in der Charta zum Ausdruck gebracht wurden. Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen sind die Vereinten Nationen, wenn überhaupt, nur selten in der Lage, ihre Beschlüsse durchzusetzen, und haben sie nicht viel Mittel, diese gegen entschlossenen Widerstand in die Tat umzusetzen. Dies hat dazu beigetragen, das Ansehen und die Wirksamkeit der Vereinten Nationen zu schmälern und ihrem Hauptzweck Abbruch zu tun, unparteiischer und angesehener Garant des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu sein. Praktisch bedeutet es, daß sich manche kleinen Staaten nicht mehr an die Vereinten Nationen wenden, wenn sie ihre souveränen Rechte schützen wollen.

Aus diesen und anderen Gründen gibt es heute, wie stets, Konfliktsituationen, die die Regierungen aus verschiedenen Gründen nicht vor die Vereinten Nationen bringen möchten. Die jüngsten Entwicklungen am Horn von Afrika und in Zaire sind gute Beispiele dafür. Ich will gar nicht bezweifeln, daß die Regierungen ihre Gründe dafür haben, solche Probleme nicht vor die Vereinten Nationen zu bringen; wenn Probleme derartigen Ausmaßes nicht vor die Weltorganisation gelangen und von der entsprechenden Regionalorganisation nicht erfolgreich behandelt werden können, stellen sie meiner Ansicht nach jedoch ein potentielles Risiko für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit dar, was wiederum mit Recht allen Regierungen Sorgen macht. Ich weiß, daß es verständliche Gründe dafür gibt, warum es oft nicht ratsam erscheint, den Sicherheitsrat in solche Angelegenheiten einzuschalten. Die Weltgemeinschaft muß jedoch mit den Gefahren zurechtkommen, die sich aus unerwarteten Entwicklungen und Verwicklungen aufgrund regionaler Konflikte ergeben. Ein zuverlässigeres und allgemeiner akzeptiertes internationales Sicherheitssystem ist die einzige sinnvolle Antwort auf dieses grundlegende Problem.

Wenn wir dahin kommen wollen, werden die Regierungen weit aus mehr Vertrauen in die Weisheit, die Objektivität und die Fähigkeit des Sicherheitsrats entwickeln müssen, ausgewogene und wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Das ist letzten Endes eine Herausforderung von historischer Bedeutung an die Mitglieder des Sicherheitsrats und insbesondere an seine ständigen Mitglieder. Wenn wir soweit kommen könnten, daß in Schwierigkeiten befindliche Regierungen nicht zögern würden, ihre Pro-

bleme vor den Sicherheitsrat zu bringen, und daß der Rat sowohl den Willen als auch die Mittel hätte, derartige Probleme objektiv, erfolgreich und rein sachlich zu behandeln, indem er erforderlichenfalls von den ihm durch die Charta übertragenen Vollmachten Gebrauch macht, dann hätten wir einen entscheidenden Schritt vorwärts in Richtung auf eine Weltordnung getan.

Bis dahin müssen die Vereinten Nationen weiterhin ihr Bestes tun, um die vor ihnen liegenden Konflikte einzudämmen und nach Lösungen für ihre eigentlichen Ursachen zu suchen. Dieses Bemühen ist allein schon ein wichtiger Beitrag zum Weltfrieden, der nicht unterschätzt werden sollte. In dem Maße, wie es den Vereinten Nationen gelingt, mit den ihnen bereits vorliegenden Problemen erfolgreicher umzugehen, und wie sie sowohl ihre Leistungsfähigkeit als auch das Vertrauen ihrer Mitgliedstaaten in diese Fähigkeit entwickeln, hoffe ich, daß es sich als möglich erweisen wird, das gegenwärtige unvollkommene und improvisierte internationale Ordnungssystem allmählich zu einer wesentlich geschlosseneren, zuverlässigeren und umfassenderen Ordnung auszubauen.

### III. Nahost, Südliches Afrika und Zypern

Die Organe der Vereinten Nationen, der Generalsekretär und seine Mitarbeiter sowie verschiedene Staaten und Staatengruppen haben sich auch im letzten Jahr weiter bemüht, bei den politischen Hauptproblemen, für welche die Organisation konkrete Verantwortung trägt, Fortschritte zu erzielen. Zu diesen gehören insbesondere der Nahe Osten, die Probleme des Südlichen Afrika und Zypern.

Trotz aller Bemühungen und einiger neuer Elemente ist im Nahen Osten ein wirklicher Frieden immer noch außer Reichweite. Im vergangenen Jahr waren die meisten Bemühungen um Fortschritte in der einen oder anderen Weise mit einer Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz über den Nahen Osten verbunden. Im November 1977 eröffnete sich jedoch durch Präsident Sadats historischen Besuch in Israel ein neuer Weg. Es bleibt abzuwarten, was schließlich aus diesem Versuch einer Überwindung des gegenwärtigen Stillstands werden wird.

Wie sich die Dinge dabei auch entwickeln werden, bin ich weiterhin der Überzeugung, daß es letzten Endes notwendig sein wird, alle betroffenen Parteien im Nahen Osten wieder in dem gemeinsamen Bemühen zusammenzubringen, einen Weg in Richtung auf eine gerechte und dauerhafte Regelung zu finden. Ich habe verschiedene Vorschläge in dieser Hinsicht gemacht und ich werde nicht versäumen, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um den Beteiligten bei der Überwindung des gegenwärtigen toten Punktes zu helfen. Zu diesem Zweck bin ich in engem Kontakt mit den führenden Politikern in diesem Gebiet und mit den Ko-Präsidenten der Genfer Konferenz geblieben.

Die Lage im Nahen Osten berührt aus den verschiedensten zwingenden Gründen nicht nur den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, sondern auch die Interessen der gesamten Weltgemeinschaft. Wenn auch die Schwierigkeiten noch so groß sein mögen, können wir es uns nicht leisten, auch nur einen Augenblick in dem Bemühen um eine friedliche Zukunft nachzulassen. Es verdient wiederholt zu werden, daß im Nahen Osten die Zeit nicht für den Frieden arbeitet. Nichts könnte dies deutlicher demonstrieren als die Ereignisse im Libanon, einem Land, das durch die Belastungen und Spannungen des Nahostkonflikts buchstäblich auseinandergerissen wurde.

Im März dieses Jahres wurden die Vereinten Nationen noch stärker in das Geschehen in dieser leidgeprüften Region einbezogen, als der Sicherheitsrat nach der israelischen Invasion im Südlibanon beschloß, in dieses Gebiet eine Friedenssicherungstruppe der Vereinten Nationen zu entsenden. In diesem Bericht werde ich noch im einzelnen auf die Erfahrungen und Lehren dieser außerordentlich schwierigen Operation eingehen. Hier will ich zunächst nur feststellen, daß die Interimsstreitkräfte der Vereinten Nationen im Libanon trotz enormer Schwierigkeiten einen großen Teil ihres Mandats erfolgreich erfüllt haben. Die volle Erfüllung ihrer Aufgabe wird jedoch nicht nur von einer drastischen Verbesserung der Gesamtlage im Libanon, sondern auch von den Aussichten auf eine Verbesserung der Lage im Nahen Osten insgesamt abhängen. Es versteht sich, daß sie auch von der Unterstützung und Mitwirkung aller von diesem Problem Betroffenen abhängt.

Die vor aller Augen liegenden Leiden im Libanon selbst sowie die allgemeineren Befürchtungen der übrigen Welt erfordern jeweils auf ihre Weise, daß die Vereinten Nationen ihrer Verantwortung im Nahen Osten gerecht werden. Auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, möchte ich sagen, daß es nur dann die Hoffnung auf eine Lösung geben kann, wenn alle Parteien des Nahostkonflikts viele vorgefaßte Ideen und tief verwurzelte Haltungen aufgeben, wenn alle sich ernsthaft darum bemühen, die Schwierigkeiten ihrer Gegner zu verstehen, und wenn alle versuchen, den sehr rauen und oft ungerechten Realitäten dieses schwierigsten aller internationalen Probleme ins Auge zu

sehen. Für den außenstehenden Beobachter des Nahen Ostens erscheint es fast absurd, daß ausgerechnet diese historische Region, die unserer Zivilisation so viel gegeben hat und die auch heute noch einen großen und reichen Schatz an menschlichen Talenten beherbergt, sich zugleich zu einer so großen Gefahr für die übrige Welt entwickelt hat. Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, um den Nahen Osten und die gesamte Menschheit von diesem Alptraum zu befreien, der schon viel zu lange anhält.

Eines der bedeutendsten Ereignisse des vergangenen Jahres war die Entwicklung der seit langem anstehenden Namibia-Frage. Wenn auch noch manches zu tun bleibt und noch viele Schwierigkeiten vor uns liegen mögen, so hoffe ich doch, daß das bisher schon Erreichte den Vereinten Nationen die Möglichkeit gibt, endlich ihrer besonderen Verantwortung gegenüber dem Volk dieses Territoriums gerecht zu werden.

Den Fortschritten in Namibia entsprechen leider keine ähnlichen Fortschritte bei anderen afrikanischen Problemen. Die wachsende Unruhe und die zunehmenden Gewalttaten in Südrhodesien beweisen, daß es dort keine annehmbare Lösung geben kann, bis nicht unter Zustimmung aller wichtigen Beteiligten und in Übereinstimmung mit dem Grundsatz des Wahlrechts für alle die Mehrheitsherrschaft erreicht ist. Auch wenn die diesbezüglichen Bemühungen fortgesetzt werden, ist es besonders enttäuschend, daß es bisher noch nicht möglich war, die Zustimmung der Hauptparteien zur Teilnahme an einer Konferenz aller Beteiligten zu erwirken, auf der die politische Zukunft des Landes umrissen werden könnte. Solange die betreffenden Politiker nicht die unausweichliche Tatsache akzeptieren, daß einseitige Maßnahmen zu keiner dauerhaften Lösung führen, kann sich die Lage nur verschlechtern — mit gefährlichen Folgen für den Frieden in dem gesamten Gebiet. Während die Gespräche weitergehen, ist es außerordentlich wichtig, daß die vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen gegen das illegale Regime von der internationalen Gemeinschaft ebenso getreu eingehalten werden wie von Sambia und Mosambik.

Die Lage in Südafrika selbst gibt Anlaß zu sehr großer Besorgnis. Es gibt nur wenige oder gar keine Anzeichen dafür, daß die südafrikanische Regierung von ihrer grundlegenden Politik der institutionalisierten rassistischen Diskriminierung abläßt. Die Unterdrückung der Gegner der Apartheid, die Verbannung afrikanischer Führer, das Verbot von Organisationen und die Fortführung der Bantustan-Politik können die Spannungen nur erhöhen und zu immer tragischeren Ergebnissen führen.

Andere Konfliktsituationen in Afrika sind aus verschiedenen Gründen nicht direkt vor die Vereinten Nationen gelangt. Die Kämpfe am Horn von Afrika haben bereits zu großen Verlusten geführt und über eine Million Menschen heimatlos gemacht. Ich habe verschiedentlich die Vertreter der betreffenden Regierungen ersucht, sich im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie der Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit um eine friedliche und konstruktive Regelung zu bemühen. Ferner habe ich meine guten Dienste angeboten, falls diese in irgendeinem Stadium gebraucht werden sollten.

Ich habe mich auch mit den erbitterten Kämpfen beschäftigt, die sich gegenwärtig im Tschad abspielen, und habe sowohl Tschad als auch die Libysche Arabische Jamahiriya besucht, um das Problem zu erörtern. Die guten Dienste einiger afrikanischer Regierungen scheinen nun die ersten Anzeichen eines Erfolgs aufzuweisen, und ich hoffe aufrichtig, daß der Frieden in diesem Gebiet bald wiederhergestellt werden wird.

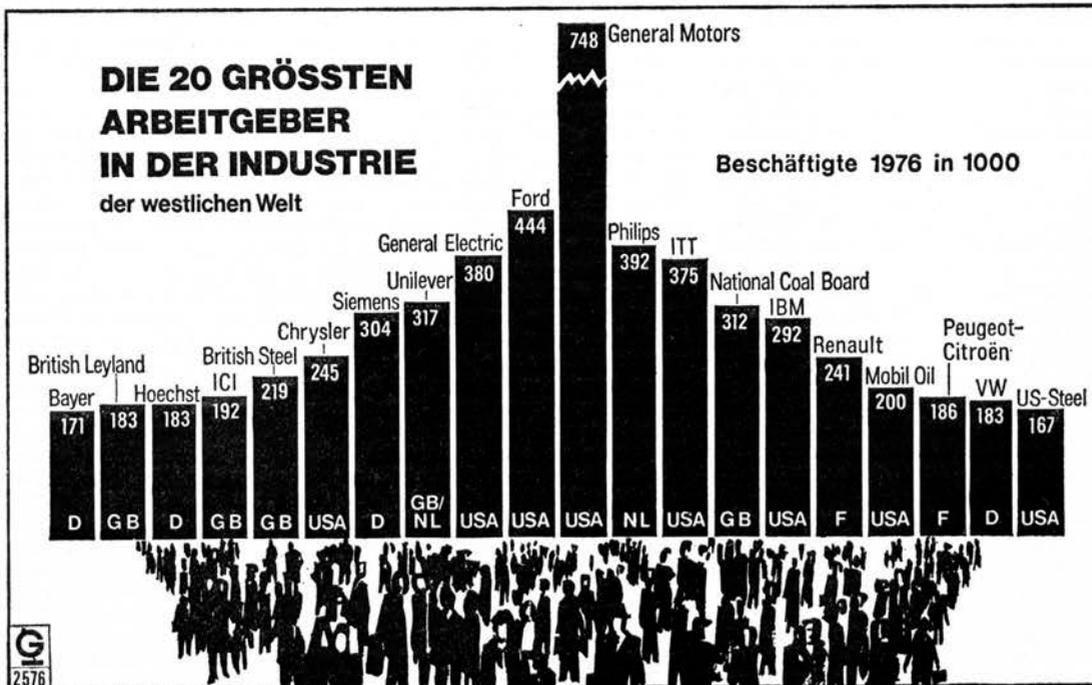
In der West-Sahara ist angesichts der sich verschlechternden Lage eine friedliche Lösung ebenfalls dringend erforderlich. Der mangelnde Erfolg bei der Suche nach einer gemeinsamen Grundlage für Verhandlungen ist zutiefst beunruhigend. Die Organisation der Afrikanischen Einheit bleibt mit dieser Frage befaßt. Ich habe meinerseits nicht versäumt, auf der Suche nach Mitteln und Wegen zur Überwindung des gegenwärtigen Stillstands auch meine eigenen Möglichkeiten einzusetzen, und kann nur hoffen, daß alle diese Bemühungen dazu beitragen werden, eine Formel zu finden, die vielleicht als Grundlage für eine Lösung dienen kann.

Was die Bemühungen um eine Lösung für das Zypern-Problem angeht, so war das vergangene Jahr sehr enttäuschend. Trotz zahlreicher Anstrengungen und Kontakte war es nicht möglich, zu einer vereinbarten Grundlage für eine sinnvolle Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den Volksgruppen zu gelangen, und die Lage auf der Insel hat sich nicht verbessert, obwohl sie — zum großen Teil dank der Friedenssicherungstruppe der Vereinten Nationen — friedlich geblieben ist.

Da keine unmittelbaren Aussichten für einen Fortschritt in Richtung auf eine umfassende Lösung bestehen, habe ich angeregt, daß die Parteien zumindest bestimmte begrenzte praktische Probleme behandeln könnten, wie z. B. Varosha oder die Wiedereröffnung des Internationalen Flughafens von Nikosia, in der Hoffnung, daß ein begrenzter Erfolg das Klima für umfassendere Verhandlungen bessern könnte. In der Tat sind einige neue Vorschläge bezüglich Varosha vorgelegt worden, und meine Beauftragten und ich selbst werden weiterhin versuchen, Wege für zumindest einige praktische Fortschritte bei diesem und anderen Aspekten der Probleme dieser Insel zu finden.

Zypern ist ein Problem, das durch friedliche Verhandlungen zu lösen sein sollte. Bis dahin bleibt es aber nicht nur eine Bedrohung der Stabilität und der guten Beziehungen im östlichen Mittelmeerraum, sondern auch eine anhaltende und schwere Belastung der Mittel der Vereinten Nationen. Ich hoffe daher aufrichtig, daß wir recht bald die Änderungen in der Haltung der Beteiligten sehen werden, die für Fortschritte in Richtung auf eine Verhandlungslösung notwendig sind.

Die meisten der obengenannten Probleme betreffen auf vielfältige Weise Fragen der Sicherheit, des Abzugs von Truppen, der Garantien für die Zukunft sowie die Interessen, Hoffnungen und Befürchtungen vieler Gruppen. Bei vielen dieser Probleme spielen die Vereinten Nationen als Garant eines international annehmbaren Verhaltens aller Beteiligten und als Schützer und Bewahrer des Friedens die Rolle eines ehrlichen Maklers oder wird diese Rolle von ihnen erwartet. Besonders in Zypern und im Nahen Osten haben sie die Aufgabe, die Ruhe und ein vernünftiges Maß an Normalität aufrechtzuerhalten, während nach einer langfristigen Regelung gesucht wird. Die neuen Aufgaben der Vereinten



Das mit Abstand größte Industrie-Unternehmen der westlichen Welt ist, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, Amerikas Autofabrik General Motors. 748 000 Arbeitnehmer sind dort tätig. Auch an zweiter Stelle steht ein amerikanischer Auto-Riese, Ford mit 444 000 Beschäftigten. Dann aber folgt an dritter Stelle ein Europäer, der niederländische Elektro-Multi Philips. Der größte deutsche industrielle Arbeitgeber, Siemens, taucht erst an achter Stelle der Rangskala auf, die aus Angaben des amerikanischen Wirtschafts magazins »Fortune« zusammengestellt wurde. Allerdings ist die Personalstärke nicht der einzige Maßstab für die Unternehmensgröße. Legt man statt ihrer den Umsatz zugrunde, so verändert sich die Reihenfolge erheblich. »Nummer 1« ist dann der amerikanische Öl-Konzern Exxon. — Zum Thema »Multis« vgl. auch VN 5/1978 S.15ff.

Nationen im Süden Libanons stellen ihre Fähigkeit auf die Probe, Vertrauen einzuflößen und friedliche Lösungen zu fördern. Ich werde daher einige Aspekte dieser neuen Operation etwas ausführlicher behandeln.

#### IV. Libanon und UNIFIL

Mit der Aufstellung der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) im März dieses Jahres wurde den Vereinten Nationen eine besonders schwierige und komplizierte Aufgabe übertragen. Der Auftrag der neuen Truppe bestand vor allem darin, den Abzug der israelischen Streitkräfte zu bestätigen, den friedlichen Charakter ihres Operationsgebiets zu etablieren, zu gewährleisten, daß sie nicht für irgendwelche feindseligen Handlungen eingesetzt wurde, sowie größte Anstrengungen zu unternehmen, um die Wiedereinsetzung der Autorität und Souveränität der Regierung des Libanon in diesem Gebiet zu erleichtern. Im Rahmen dieses recht allgemein formulierten Mandats hatte die Truppe mit den verschiedensten — zum Teil schwer bewaffneten — Gruppen, mit recht widersprüchlichen Interessen sowie mit vielfältigen Unterstützungsbedürfnissen zu tun. Die Durchführung dieser Aufgaben erforderte eine sorgfältige Interpretation der Lage durch den Generalsekretär und ein geschicktes Vorgehen der Befehlshaber an Ort und Stelle.

Fehler in einer derartig delikaten Mission können zu sehr großen Schwierigkeiten sowohl für die Organisation als auch für die Truppe selbst führen. Im Gegensatz zu den anderen friedenssichernden Operationen im Nahen Osten arbeitet die UNIFIL ohne eine genaue Übereinkunft zwischen den gegnerischen Parteien sowie in einem Gebiet, in dem die Regierung des Libanon seit einigen Jahren ihre rechtmäßige staatliche Autorität kaum oder gar nicht ausüben konnte. Die Gesamtlage im Libanon schafft ferner sehr beträchtliche Hindernisse für die volle Ausführung des Mandats der Truppe.

Das Wirken der UNIFIL geht in seiner Bedeutung über den Südlibanon und sogar über den Nahostraum hinaus. Die Truppe ist ein Prüfstein für die Fähigkeit der Vereinten Nationen, in einer außerordentlich komplizierten und gewaltsamen Situation objektiv, unparteiisch und erfolgreich zu handeln. Sie ist ferner ein Prüfstein dafür, ob die Vereinten Nationen in einer Konfliktsituation die Mitwirkung aller Seiten zu gewinnen vermögen.

Ich möchte vor allen Dingen dem Sicherheitsrat und allen seinen Mitgliedern dafür danken, daß sie so schnell zu einem Beschluß über die Einzelheiten des Mandats für diese Operation gelangen konnten und daß sie den Generalsekretär bei der Ausführung dieses Mandats unterstützt haben. Im gesamten Verlauf dieses sehr schwierigen Unternehmens war ich mir der Unterstützung und des Verständnisses der Mitglieder des Rats sowie ihrer Bereitschaft bewußt, einzeln und gemeinsam in jeder nur möglichen Weise zu helfen, um unsere Aufgabe weniger schwierig zu gestalten. Wir können auch sehr froh darüber sein, daß eine Reihe von Ländern bereit waren, für diese schwer abzuschätzende und zuweilen gefährliche Aufgabe Truppenkontingente bereitzustellen.

Zu meinem Bedauern gab es einige tragische Zwischenfälle und einige Todesopfer; die Offiziere und Mannschaften der Truppe haben jedoch großes Verständnis für die Probleme gezeigt und verstanden es, ihre schwierigen Aufgaben so zu erfüllen, daß sie das Vertrauen und die Achtung aller gewannen, mit denen sie zu tun haben. Wenn man es nicht selbst erlebt hat, kann man nur schwer die Mischung von Zurückhaltung, Festigkeit, Verständnis, Geduld, Überzeugungskraft und militärischer Disziplin beschreiben, die für den Erfolg einer derartig komplizierten Operation erforderlich ist. Man kann nicht vorhersagen, was uns die Zukunft bringen wird, ich hoffe aber, daß alle Seiten die notwendige Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeigen werden, damit die UNIFIL ihre Aufgaben gut erfüllen und ihren Auftrag zu einem erfolgreichen Abschluß bringen kann.

In diesem Zusammenhang ist die baldige Wiederherstellung der Souveränität und Autorität der Regierung des Libanon der Schlüssel und letztlich das Ziel all unserer Bemühungen. Zu Beginn der UNIFIL-Operationen konzentrierte sich die Truppe besonders auf den Rückzug der israelischen Streitkräfte und auf ihre Beziehungen mit den palästinensischen und anderen Gruppen in ihrem Operationsgebiet und in dessen Umgebung. Die zweite Frage wurde sofort durch unsere Kontakte zur palästinensischen Befreiungsorganisation in Angriff genommen, wobei es zu einer beiderseitig zufriedenstellenden Vereinbarung kam. Bis Mitte Juli hatten sich auch die israelischen Streitkräfte aus dem Operationsgebiet der UNIFIL zurückgezogen.

Der Abschluß der letzten und bedeutsamsten Phase des UNIFIL-Mandats, die Wiederherstellung der Autorität und Souveränität des Libanon im gesamten Gebiet, war jedoch bedauerlicherweise bis jetzt nicht möglich. Ich habe schon dem Sicherheitsrat ausführlich über dieses Problem berichtet. Hier möchte ich nur das allgemeine Problem erwähnen, vor dem die Vereinten Nationen stehen, wenn sie auf dem Territorium eines souveränen Staates mit einheimischen, rebellierenden, von außen unterstützten bewaffneten Gruppen zu tun haben. Das Recht von Friedenssicherungsgruppen

auf Gewaltanwendung beschränkt sich auf die Notwehr im äußersten Fall. Die Stärke einer Friedenssicherungstruppe liegt nicht in ihren Waffen, sondern in ihrem friedlichen und disziplinierten Vorgehen sowie in dem hinter ihr stehenden politischen Konsens. Für eine Friedenssicherungstruppe ist Gewaltanwendung das letzte und möglichst zu vermeidende Mittel. In erster Linie muß sie ihre Ziele durch Verhandlungen und durch Überzeugung erreichen. Erst wenn solche Methoden zu nichts führen, wird der Sicherheitsrat dann auch erwägen müssen, welche anderen Wege ihm die Charta offenläßt.

Ich hoffe jedoch, daß dieses Stadium im Südlibanon nicht erreicht wird und daß sich alle Beteiligten davon überzeugen, daß es in ihrem ureigenen Interesse liegt, daß die Autorität und Handlungsfähigkeit der Regierung des Libanon wiederhergestellt werden und daß sie die Friedenssicherungstruppe der Vereinten Nationen bei der Erfüllung der Beschlüsse des Sicherheitsrats unterstützen. Gegenwärtig sind etwa 12 700 Offiziere und Mannschaften aus 27 Nationen an sechs verschiedenen friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen beteiligt, und es werden vielleicht bald noch mehr sein. Diese Technik der Friedenssicherung ist eine der echten Neuerungen der Vereinten Nationen. Es handelt sich dabei um ein kompliziertes und unkonventionelles Verfahren, bei dem militärisches Personal für Zwecke eingesetzt wird, mit denen es normalerweise nicht vertraut ist. In der Hauptsache ist ein solches Unternehmen auf freiwillige Mitarbeit, Zurückhaltung und einseitiges Interesse an der Wahrung des Friedens und normaler Verhältnisse angewiesen. Ich hoffe sehr, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten sich dazu bringen lassen, ihre Bemühungen zur Verbesserung der Friedenssicherungskapazität der Vereinten Nationen fortzusetzen, diese Technik weiterzuentwickeln, damit sie in anderen Konfliktsituationen besser angewendet werden kann, und der Organisation die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und ihr die notwendige Unterstützung zu gewähren, damit sie ihre friedenssichernden Operationen weniger improvisiert und effizienter gestalten kann.

#### V. Terrorismus

In der ganzen Welt werden Regierungen und Völker zunehmend von rücksichtsloser Gewaltanwendung dieser oder jener Art heimgesucht, die oft nur als krimineller Terrorismus mit anarchistischen oder kriminellen Zielen bezeichnet werden kann. Es ist jetzt klar, daß wir an einen Punkt gelangt sind, an dem man sich in der Welt insgesamt verpflichtet fühlt, diese Eskalation der Gewalt zur Kenntnis zu nehmen und etwas dagegen zu tun. Diese Entwicklung wurde auf der zweiunddreißigsten Tagung der Generalversammlung deutlich, als nach der Entführung eines Zivilflugzeugs die Internationale Föderation der Flugzeugführerverbände (International Federation of Airline Pilots Associations) von den Vereinten Nationen dringend vorbeugende Maßnahmen forderte. So wurde die Frage der Flugzeugentführungen unerwartet zu einem Hauptpunkt der zweiunddreißigsten Tagung. Obwohl die Versammlung in dieser Krisensituation schnell handelte, trug die verabschiedete Resolution im wesentlichen ermahnen Charakter. Sie forderte alle Staaten eindringlich auf, den bereits bestehenden Übereinkünften zur Verhinderung von Flugzeugentführungen beizutreten und auf nationaler Grundlage strikte Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen. Die weitverbreitete Besorgnis über die Entführung von Flugzeugen hat noch nicht zu sehr großen Fortschritten bei der Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Geiselnahme geführt, auch wenn die Versammlung übereinkam, das Mandat des dazu eingesetzten Ausschusses um ein weiteres Jahr zu verlängern. Ferner ist hervorzuheben, daß in allen Bereichen der öffentlichen Meinung ein wachsender Konsens darüber besteht, daß die Entführung von zivilen Luftfahrzeugen unter keinen Umständen zu rechtfertigen ist.

Im vergangenen Jahr hat eine Reihe von tragischen Ereignissen die Tatsache unterstrichen, daß die Anzahl unverantwortlicher Gewaltakte nicht geringer geworden ist. Die jetzt in aller Welt als unerlässlich betrachteten Sicherheitsvorkehrungen sind nur ein Zeichen dafür, wie weit wir uns von der Ruhe und Zuversicht früherer Zeiten entfernt haben. Von dieser Frage sind alle Regierungen und alle Völker betroffen, denn niemand ist immun gegen Akte von der Art, wie sie im vergangenen Jahr gegen mehrere Mitgliedstaaten begangen wurden. Ich bin der Ansicht, daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Pflicht haben, diese Probleme in aller Offenheit zu diskutieren und nach Mitteln zu suchen, um sich bei einer Gefahr, die alle bedroht, gegenseitig zu helfen. Im vergangenen Jahr gab es in der Tat einige ermutigende Beispiele für eine solche praktische internationale Zusammenarbeit. Diese Tendenz muß verstärkt werden, denn sonst besteht die große Gefahr, daß diese Eskalation der Gewalt unter Ausnutzung der technischen Neuerungen, die zunehmend unser Leben bestimmen, das bereits gefährdete Gefüge des internationalen Lebens in der gleichen Weise bedroht, wie sie im vergangenen Jahr die gesellschaftlichen und politischen Strukturen einiger Mitgliedstaaten erschüttert hat.

Ich unterschätze nicht die Schwierigkeiten, die bei der Bewältigung dieses Problems auftreten. Wenn wir die Lebensqualität auf unserem Planeten verbessern wollen, können wir jedoch diese Erscheinung meiner Ansicht nach nicht ignorieren.

## VI. Abrüstung

Die zehnte Sondertagung der Generalversammlung war die größte und repräsentativste Tagung, die jemals zu Abrüstungsfragen einberufen wurde. Während ihrer ausführlichen und weltweiten Erörterung der Abrüstung entwickelte diese von vielen Staats- bzw. Regierungschefs besuchte epochemachende Tagung eine neue Konzeption für die Frage der Abrüstung, die breite Zustimmung fand.

Ich brauche hier nicht zu wiederholen, was für eine beispiellose Bedrohung für das menschliche Überleben die gegenwärtige unglaubliche Vielfalt und Zahl von Rüstungen aller Art darstellt. Wie ich in meinem Bericht vom letzten Jahr erklärte, ist es zunehmend deutlich geworden, daß das seit dem Zweiten Weltkrieg befolgte Vorgehen in keiner Weise ausreicht, um die Flut eines von ständigen Neuerungen getragenen Wettrüstens aufzuhalten, bei dem stets die Gefahr droht, daß der technische Erfindergeist das Verhandlungstempo überholt. Diese Tendenz wäre noch schwerer zu überwinden, wenn es zu verstärkten internationalen Spannungen kommen und es den Regierungen nicht gelingen sollte, der Versuchung zu widerstehen, mehr Sicherheit durch noch raffiniertere Waffen zu suchen. Das Abrüstungsproblem ist offensichtlich so vielschichtig geworden, daß es in einem umfassenden Rahmen behandelt werden muß. Eine der Leistungen der Sondertagung war die Schaffung eines solchen Rahmens und die Einigung über Grundprinzipien und Prioritäten. Dabei wurden alle wichtigeren Aspekte der Abrüstung gründlich erörtert, neue Elemente für Untersuchungen und Verhandlungen eingebracht und die Bereiche, in denen ein Konsens besteht, vergrößert.

Es war nicht Zweck der zehnten Sondertagung, neue Abkommen über Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung zu schließen. Das Ziel bestand vielmehr darin, eines der schwierigsten Probleme unserer Zeit in Angriff zu nehmen, nämlich die Frage, wie abgerüstet werden soll. Das umfassende Schlußdokument stellt uns das Instrumentarium zur Verfügung, mit dessen Hilfe — in Verbindung mit dem notwendigen politischen Willen und der erforderlichen Fachkenntnis — sehr wohl die Antwort auf dieses Problem gefunden werden könnte. Es enthält die Grundlage einer internationalen Abrüstungsstrategie für alle Abrüstungsbemühungen der kommenden Jahre. Es umfaßt eine Überprüfung und Beurteilung der gegenwärtigen Lage, steckt Ziele und Prioritäten ab und legt Grundprinzipien für Abrüstungsverhandlungen fest. Es spiegelt die Einigkeit darüber wider, daß sowohl eine Reihe spezifischer Abrüstungsmaßnahmen als auch ein umfassendes Abrüstungsprogramm notwendig sind. Mit ihm wird auch ein internationales Instrumentarium geschaffen, das die verschiedenen Aspekte der Abrüstung behandeln soll. Das Schlußdokument spricht ferner die Ansicht aus, daß zu einem möglichst baldigen, geeigneten Zeitpunkt — mit angemessener Vorbereitung — eine Weltabrüstungskonferenz einberufen werden sollte. Die Tatsache, daß das Schlußdokument im Konsens verabschiedet wurde, erhöht die Bedeutung und sichert eine solide Grundlage für künftige Abrüstungsbemühungen.

Ich habe mit großer Befriedigung von der aktiven Mitwirkung der Mitgliedstaaten an der Arbeit der Sondertagung Kenntnis genommen. Mittlere und kleinere Mächte, deren Mitwirkung für den Erfolg einer neuen Abrüstungskonzeption unbedingt erforderlich ist, waren maßgeblich an der Ausarbeitung des Schlußdokuments beteiligt. Die besondere Verantwortung der militärisch bedeutenden Staaten in jedem Abrüstungsprozeß ist oft genug hervorgehoben worden. Auch sie haben zum Erfolg der Sondertagung beigetragen; erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle, die die fünf Kernwaffenstaaten und ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats durch die Vorlage ihrer eigenen Auffassungen und Vorschläge gespielt haben.

Das Schlußdokument erkennt die Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung voll an, was für die von der Sondertagung entworfene neue Konzeption von besonderer Bedeutung ist. Kein anderes Forum kann der sich aus der heutigen Situation ergebenden Notwendigkeit einer universellen Mitwirkung an der Abrüstung gerecht werden. In diesem Sinne wird durch die Errichtung der Abrüstungskommission (Disarmament Commission) als Beratungsgremium und Nebenorgan der Generalversammlung sowie durch das dem Ersten Ausschuß erteilte neue Mandat die größtmögliche Mitwirkung aller an den Bemühungen um die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle gesichert.

Die universelle Mitwirkung an Beratungsgremien wäre ohne ein geeignetes Verhandlungsforum bedeutungslos. Eine der hervorragenden Leistungen der Sondertagung besteht in der Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den Beratungs- und Verhandlungsgremien, wobei geeignete Verfahren dafür sorgen, daß die Ergebnisse jeder dieser beiden Ebenen in angemessener Weise der je-

weils anderen zugeleitet werden. Der Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament), der spätestens im Januar 1979 nach Genf einberufen werden soll, spiegelt die Notwendigkeit eines multilateralen Verhandlungsforums wider, das seine Beschlüsse im Konsensverfahren faßt. Wenn die Abrüstung, wie die Generalversammlung anerkannt hat, für alle Völker der Welt lebenswichtig ist, sollte man im Konsensverfahren vorgehen und sich beharrlich und zielstrebig um sinnvolle Abkommen bemühen. Nicht weniger wichtig ist die Bedeutung, die die Generalversammlung der Mitwirkung aller Kernwaffenstaaten an dem Verhandlungsgremium beimißt.

Das Instrumentarium allein kann jedoch noch keinen Erfolg garantieren. Ich freue mich daher, daß die Sondertagung auch ein Aktionsprogramm für die Abrüstung verabschiedet hat, das sowohl die Prioritäten und Maßnahmen nennt, die von den Staaten umgehend ergriffen werden sollten, als auch die Ausarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms vorsieht. Neben dem Aktionsprogramm wurden der Sondertagung eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, die vielleicht verdienen, genauer untersucht zu werden. Einige dieser Vorschläge sind auch im Schlußdokument aufgeführt.

Der Erfolg der Sondertagung sollte kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit sein. Sie kennzeichnet nicht das Ende, sondern vielmehr den Anfang einer neuen Phase der Abrüstungsbemühungen der Vereinten Nationen. Wir verfügen nun über eine internationale Abrüstungsstrategie. Jetzt müssen wir sie mit größter Zielstrebigkeit und Energie verwirklichen. Wir sollten in der Lage sein, der Welt bis zur nächsten Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstung zu beweisen, daß der Wettlauf ums Überleben gegenüber dem Rüstungswettlauf einen nicht wieder einzuholenden Vorsprung erzielt hat.

Auch bei der direkten Beteiligung der Völker am Abrüstungsprozeß sind Fortschritte zu verzeichnen. Die nichtstaatlichen Organisationen haben einen beachtlichen Beitrag zur Sondertagung geleistet, der erheblich zur Belebung der Debatte beitrug und den Gedankenaustausch bereicherte. Die Sondertagung betonte die weitere Aktivierung der Weltöffentlichkeit. Ich bin überzeugt, daß uns die nichtstaatlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen auch weiterhin ihre wertvolle Hilfe leisten werden.

Wenn eine Gesamtkonzeption Erfolg haben soll, muß sie nicht nur die Beratungs- und Verhandlungsebene umfassen, sondern auch die flankierenden Maßnahmen, wie Forschung, Studien und Informationen. Der Beschluß zur Verstärkung des Zentrums der Vereinten Nationen für Abrüstung und zur Erweiterung seiner Forschungs- und Informationsaufgaben spiegelt das Verständnis der Sondertagung für diese Aufgaben wider, die ein integrierender Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit bei der Abrüstung sind. Ich bin sehr darüber erfreut, daß die Sondertagung meinem Vorschlag zur Einsetzung eines Beirats hervorragender Persönlichkeiten zugestimmt hat, der mich hinsichtlich der verschiedenen Aspekte der Studien beraten soll, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung erstellt werden, einschließlich eines Programms für solche Studien. Der Beirat, der in Kürze einberufen wird, sollte ein Studienprogramm ausarbeiten, das den Forderungen des Aktionsprogramms für die Abrüstung entspricht.

Als die Sondertagung ihre Arbeit beendete, erklärte ich, daß eine ihrer wichtigsten Leistungen die Schaffung eines umfassenden Rahmens gewesen sei. Dies ist ein großer Schritt vorwärts, aber eben nur ein erster Schritt. Im Interesse des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, des wirtschaftlichen Fortschritts und der Entwicklung sowie der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit müssen wir jetzt zu praktischen Maßnahmen auf diesem Gebiet übergehen.

## VII. Seerecht

Trotz der vielen in diesem Jahr aufgetretenen Schwierigkeiten haben die Verhandlungen auf der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen bedeutende Fortschritte in Richtung auf eine Einigung über verschiedene Schlüsselprobleme hervorgebracht. Einige der Fragen, bei denen sich eine Lösung abzeichnet, wurden zu Beginn der Konferenz vor fast fünf Jahren als die schwierigsten und am schwersten zu behandelnden Probleme betrachtet. Die verbleibenden Schwierigkeiten sind ohne Zweifel ernster Natur, und es muß erwartet werden, daß zu ihrer zufriedenstellenden Regelung noch einige Zeit mehr benötigt wird. Zu den gegenwärtig von der Konferenz behandelten Problemen gehören das System der Nutzung des internationalen Meeresbodengebiets sowie die Befugnisse und Aufgaben der vorgesehenen Behörde, die äußeren Grenzen der nationalen Jurisdiktion über den Festlandsockel sowie die Abgrenzung der Meeresgebiete und die Beilegung von Streitfällen in diesen Gebieten. Es erscheint jetzt jedoch wahrscheinlich, daß die langerstrebte Konvention mit gutem Willen und der Bereitschaft zur gegenseitigen Verständigung fertiggestellt werden kann.

Wenn auch die letzten Stadien eines Verhandlungsprozesses — insbesondere, wenn er so direkt wie dieser die Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern berührt — Anlaß zu neuen Sorgen geben können, sind die bereits erzielten Erfolge und die aufgewandte Mühe jedoch zu groß, als daß die internationale Gemeinschaft diese Gelegenheit versäumen dürfte, durch Verhandlungen zu einer tragfähigen Konvention zu gelangen. Die auf der Konferenz erzielten Fortschritte sind eindeutig darauf zurückzuführen, daß von Anfang an betont wurde, daß die Probleme der Meeresgebiete eng miteinander verbunden sind und als Ganzes behandelt werden müssen und daß eine neue Seerechtskonvention so viele Vertragspartner wie irgend möglich haben sollte. Bei jedem anderen Ergebnis würde die internationale Gemeinschaft vor neuen und gefährlichen Problemen stehen.

### VIII. Menschenrechte

In diesem Jahr begehen wir den dreißigsten Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. In diesem Gedenkjahr ist es angebracht, daß wir uns erneut entschließen, die in der Charta und der Allgemeinen Erklärung niedergelegten Grundfreiheiten zu verwirklichen, und die bisherigen Fortschritte bei der Erfüllung unserer kollektiven und individuellen Verpflichtungen erneut überprüfen. In diesem Zusammenhang wäre es ebenfalls angebracht, daß die Mitgliedstaaten ihre Gesetzgebung und ihr Verhalten überprüfen, um zu gewährleisten, daß die Grundsätze und Ziele der Erklärung sich in der politischen Alltagsarbeit widerspiegeln.

Die Förderung und Festigung der Achtung vor den Menschenrechten ist eine grundlegende Bestimmung der Charta. In ihrer Präambel bekräftigt die Charta den »Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein«. Der in dieser Selbstverpflichtung und in der Allgemeinen Erklärung enthaltene Gedanke, daß Anerkennung und Förderung des Werts und der Würde jedes einzelnen Menschen ein legitimes Anliegen der Weltgemeinschaft sind, wird zunehmend anerkannt.

In den letzten dreißig Jahren ist unter der Leitung des Systems der Vereinten Nationen eine umfangreiche Serie von Konventionen, Deklarationen und Empfehlungen zu den Menschenrechten entstanden. Das im Jahre 1976 erfolgte Inkrafttreten des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte mit dem dazugehörigen Fakultativprotokoll stellt einen wichtigen Meilenstein in diesem Prozeß dar. Der aufgrund des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte eingesetzte Menschenrechtsausschuß hat unverzüglich mit der Wahrnehmung seines Auftrags begonnen, die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte der durch den Pakt rechtlich gebundenen Staaten und die dabei aufgetretenen Probleme zu überprüfen. Aufgrund des Fakultativprotokolls kann der Menschenrechtsausschuß ferner Mitteilungen von Einzelpersonen behandeln, die Klage über Menschenrechtsverletzungen führen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben 51 Mitgliedstaaten diesen Pakt ratifiziert und 20 die Verpflichtungen des Fakultativprotokolls übernommen. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der bisher von 52 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, sieht ein System der regelmäßigen Berichterstattung durch die Vertragsstaaten über Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Pakts vor. Einer der sichersten Wege zur Erzielung weite-

rer wesentlicher Fortschritte liegt darin, daß möglichst viele Staaten, die dies noch nicht getan haben, diesen Pakten und anderen Menschenrechtsinstrumenten beitreten und daß sich diejenigen, die bereits Vertragspartner bzw. Unterzeichner sind, verstärkt engagieren.

Trotz der den bestehenden zwischenstaatlichen Gremien häufig anhaftenden politischen Beschränkungen haben wir im vergangenen Jahr eine deutliche Verbesserung der Bemühungen der Mitgliedstaaten um Zusammenarbeit bei der Behandlung von Klagen über Menschenrechtsverletzungen erlebt. Dieser Trend hat sich besonders deutlich in der Arbeit der Menschenrechtskommission im Rahmen der vertraulichen Verfahren gezeigt, die der Wirtschafts- und Sozialrat für die Untersuchung von Situationen eingeführt hat, die eine systematische, massive und zuverlässig bezeugte Verletzung von Menschenrechten erkennen lassen. In diesem Zusammenhang befaßt sich die Kommission derzeit aktiv mit der Menschenrechtslage in einer Reihe von Ländern.

Im Juli dieses Jahres hat die Regierung von Chile die Ad-hoc-Arbeitsgruppe für die Menschenrechtssituation in Chile einreisen lassen. Ihr Bericht, der zum ersten Mal auf Untersuchungen an Ort und Stelle beruht, wird der Versammlung auf ihrer diesjährigen Tagung vorgelegt. Dieser Besuch stellt eine positive Entwicklung in Richtung auf die Annahme des Grundsatzes dar, daß die umfassenderen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte mit dem Grundsatz der inneren Zuständigkeit nicht unvereinbar sind.

Meine eigenen direkten Bemühungen auf diesem Gebiet — die Ausübung meiner guten Dienste in spezifischen humanitären Fällen — haben gewisse Erfolge gezeitigt. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß man dabei den betroffenen Personen am besten nützt, wenn man sich auf rein humanitäre Gründe beruft und so vertraulich wie irgend möglich vorgeht. Ein solches Verhalten wirkt sich nicht nur zum Vorteil der Betroffenen aus, sondern vermeidet auch die politischen Empfindlichkeiten, die oft mit solchen Fällen verbunden sind. Ich werde diese Bemühungen stets fortsetzen, wann und wo sie dem Wohl der betroffenen Menschen am besten dienen.

In einem anderen Bereich der Menschenrechtsfragen, mit dem sich die Vereinten Nationen befassen, befinden wir uns inzwischen in der Mitte der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung, die mit einem breit angelegten und vielschichtigen Programm verbunden ist, mit dem die Aufmerksamkeit der Regierungen und der Öffentlichkeit auf dieses wichtige Problem gelenkt werden soll. In diesem Zusammenhang bitte ich alle Mitgliedstaaten eindringlich, auf die Beseitigung dieser üblen Erscheinung und die Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen von rassistischer Diskriminierung hinzuwirken.

Unsere Bemühungen auf dem Gebiet der Menschenrechte hängen letzten Endes vom Engagement, vom politischen Willen und von der Mitwirkung aller Mitgliedstaaten ab. Ohne diese Unterstützung werden die Vereinten Nationen nicht in der Lage sein, die zahlreichen vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen; mit ihr bestehen sehr reale Aussichten auf Fortschritte in Richtung auf das in der Charta niedergelegte Ziel eines besseren Lebensstandards in größerer Freiheit.

### IX. Nord-Süd-Fragen

Im vergangenen Jahr wurde der Nord-Süd-Dialog zwar in verschiedenen Foren fortgesetzt, die Ergebnisse entsprachen jedoch

»Zimmer frei — UNO-Nähe« ist der Titel einer 12teiligen Fernsehspielserie, die von August bis Oktober 1978 im Auftrag des Westdeutschen Werbefernsehens an Originalschauplätzen gedreht wurde. Autor dieser Serie für das Vorabendprogramm ist Wolfgang Menge; Hauptdarstellerinnen sind Angelika Bender, die eine Angestellte im UNO-Sekretariat spielt, und Giulia Follina als Zeitungskorrespondentin. Alltagsgeschichten, die die beiden erleben, führen durch New York und Umgebung. »Sightseeing« verbindet sich mit Hintergrundinformation über Aufgaben und Organisation der Vereinten Nationen.



weder dem Ausmaß der Aktivitäten noch dem Ernst der anstehenden Probleme. Die gefährlichen Tendenzen, die ich im vergangenen Jahr feststellte, haben sich nicht abgeschwächt. Die meisten Entwicklungsländer haben weiter unter den nachteiligen Auswirkungen der Grundstoffpreisschwankungen zu leiden, die durch die Ungewißheit aufgrund der anhaltenden Wechselkursinstabilität noch verschlimmert werden. Da den entwickelten Ländern kein anhaltender wirtschaftlicher Wiederaufschwung gelungen ist, kam es zu einer verringerten Nachfrage für viele Rohstoffexporte der Entwicklungsländer; zugleich üben der unzureichende Umfang des Finanztransfers und die anhaltende Inflation der Preise für die Fertigwarenexporte der entwickelten Länder einen starken Druck auf die Zahlungsbilanzlage vieler Entwicklungsländer aus. Daher sahen sich viele Entwicklungsländer gezwungen, ihre Auslandsverschuldung zu erhöhen, während andere, insbesondere die ärmeren Länder, ihre Entwicklungsprogramme einschränken mußten. Es ist jetzt klar, daß die Entwicklungsländer die in der internationalen Entwicklungsstrategie für die 70er Jahre vorgesehene Wachstumsrate von 6 Prozent nicht erreichen können. Gleichzeitig sind die wirtschaftliche Rezession und die anhaltende Inflation mit einem wachsenden Ungleichgewicht zwischen den Zahlungsbilanzen der wichtigsten entwickelten Länder und einer beunruhigenden Tendenz zum Protektionismus verbunden.

Die Einsetzung des Ausschusses gemäß der Resolution 32/174 der Generalversammlung muß aus dieser Perspektive gesehen werden. In diesem Ausschuß schien sich ein Konsens über den Ernst der Probleme herauszubilden, vor denen die Weltwirtschaft und insbesondere die Entwicklungsländer stehen. Aufgrund des einzigartigen Charakters und der Zusammensetzung dieses Ausschusses gab allein schon sein Bestehen Anlaß zu großen Hoffnungen in der internationalen Gemeinschaft. Ich bin sehr betrübt darüber, daß es dem Ausschuß trotz hartnäckiger Bemühungen nicht gelang, sich über die Auslegung seines Mandats zu einigen.

Ein positiver Aspekt, der sich in den gegenwärtig laufenden Verhandlungen über Entwicklungsfragen abzeichnet, ist die wachsende Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit aller Volkswirtschaften. Diese Einsicht könnte wesentlich zur neuen internationalen Wirtschaftsordnung beitragen, wenn sie dazu führt, daß die Notwendigkeit kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger struktureller Anpassungen in allen Volkswirtschaften in breiteren Kreisen akzeptiert wird. Sie sollte aber nicht verdecken, daß nach Wegen zur Behebung der weiterhin zwischen den Nationen bestehenden großen Ungleichgewichte und erheblichen Ungleichheiten bzw. der weiter bestehenden alten und neuen Formen der Abhängigkeit gesucht werden muß. Abgesehen davon wird jetzt aber immer mehr erkannt, daß die gegenwärtigen Probleme auf eine grundlegende strukturelle Unausgewogenheit der Weltwirtschaft zurückzuführen sind und daß die Lösung nicht einfach darin bestehen kann, daß die Industrieländer wieder zu ihren früheren Wachstumsstrukturen zurückkehren. Diese Probleme erfordern einen grundlegenden Wandel der Strukturen und der Institutionen. Derartige Veränderungen werden auf der Grundlage der maßgebenden Ziele einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu behandeln, zu verhandeln und zu betreiben sein.

Es ist bereits sichtbar, daß die Sondertagung von 1980 Gelegenheit zu bedeutsamen Beschlüssen geben wird. Sie wird den Beginn einer neuen Dekade konzertierter Bemühungen kennzeichnen, die darauf abzielen, der Lösung derjenigen Weltwirtschafts-probleme näherzukommen, um die die internationale Gemeinschaft in den vergangenen beiden Jahrzehnten mit spärlichem Erfolg gerungen hat. Können wir es uns leisten, in das neue Jahrzehnt einzutreten und einer Lösung dieser grundlegenden Fragen noch nicht näher zu sein als heute? Wenn wir das tun, dann geschieht es jedenfalls auf eigene Gefahr. Die Sondertagung wird der gegebene Anlaß dafür sein, die Politiken zu einem Ganzen zu fügen, die zum Teil das Ergebnis der in den letzten Jahren abgehaltenen wichtigen Weltkonferenzen sowie der Konferenzen sind, die noch bis zu ihrer Einberufung stattfinden sollen. Es werden große gedankliche Anstrengungen notwendig sein, um den Erfolg der Sondertagung zu gewährleisten. Diese Vorbereitungen erfordern um so mehr, daß die Verhandlungen über Nord-Süd-Fragen vorankommen.

In diesem größeren Rahmen müssen auch die Neugliederungsmaßnahmen der Generalversammlung gesehen werden. Die Neugliederung ist nur ein, wenn auch sehr wichtiges Mittel, um die allgemeine Bewegung in Richtung auf eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf institutioneller Ebene voranzutreiben. Sie ist kein Ersatz für den politischen Willen, der letztlich allein garantieren kann, daß substantielle und nicht bloß prozedurale oder mechanistische Ergebnisse erzielt werden. Die Mitgliedstaaten haben klar erkennen lassen, daß die Neugliederung ein fortschreitender Prozeß ist und daß die bisher gefaßten Beschlüsse nur ein erster Schritt sind. Die Überlegungen, die zu den Neugliederungsmaßnahmen geführt haben, sollten nun Anlaß zu einem weitergehenden Engagement für einen Prozeß des Wandels und der Reform sein.

Ich bin mir sehr wohl dessen bewußt, daß wir dabei fachliche und andere Unterstützung in höchster Qualität werden leisten müssen, um den Erwartungen der Mitgliedstaaten gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang begrüße ich besonders die Unterstützung, die ich bereits von dem neu ernannten Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit erhalte. Ich möchte den Mitgliedstaaten versichern, daß wir bereits jetzt ernsthafte Überlegungen über den Beitrag führen, den wir zu der für 1980 vorgesehenen Sondertagung der Generalversammlung leisten können.

## X. Die überladene internationale Tagesordnung

In Gesprächen zwischen Diplomaten ist immer wieder zu hören, daß die internationale Tagesordnung kaum mehr zu bewältigen sei; es wird zwar oft darüber geklagt, aber niemand tut allzuviel dagegen. Ich meine, es ist wohl an der Zeit, daß wir alle im Interesse des Erfolgs der internationalen Zusammenarbeit sowie der Vernunft und der Gesundheit dieses Problem ernsthaft in Angriff nehmen. Wir haben es hier mit einem jener Fälle zu tun, wo man zwar leicht sagen kann, was falsch ist, aber nur schwer herausfindet, wie es geändert werden kann. Ich möchte mich jedoch nicht dafür entschuldigen, daß ich erneut darauf zurückkomme.

Das Problem hat viele und verschiedenartige Wurzeln und Ursachen. Zum einen ist die Welt inzwischen sehr viel komplizierter geworden. Sie ist wacher für ihre Probleme, die in ihrer Kompliziertheit die kühnsten Vorstellungen früherer Generationen übertreffen. Es gibt mehr souveräne Staaten, mehr Organisationen, mehr Anliegen und vor allem ein viel größeres Bewußtsein unserer Probleme und dessen, was wir vielleicht dagegen tun können.

Bei dem Versuch, diesen neuen Umständen gerecht zu werden, verwenden wir meiner Ansicht nach leicht alte Arbeitsmethoden und Verfahren, die für unsere heutigen Probleme nicht immer am besten geeignet sind. Wir haben versucht, das Zeitalter des Computers, des Überschallflugzeugs und der sofortigen Nachrichtenverbindung mit der ganzen Welt mit den Verfahren des letzten Jahrhunderts zu bewältigen. Wir scheinen uns nicht von der Vorstellung lösen zu können, daß es für jedes Problem auch eine Konferenz und für jede Konferenz auch Dokumente, lange Reden und einen Aktionsplan geben muß, daß darauf wiederum unweigerlich eine Organisation mit einem Sekretariat zu folgen hat, die ihrerseits wieder eine Anschlußkonferenz organisiert und so weiter und so fort.

Ferner gibt es eine immer größere Zahl von miteinander verbundenen internationalen oder zwischenstaatlichen Gruppierungen, die den Tagungskalender um eine große Zahl von Sitzungen auf hoher Ebene erweitern, während zugleich die Generalversammlung der Vereinten Nationen immer häufiger zu Sondertagungen zusammentritt.

Diese lobenswerten Bemühungen, unseren Aufgaben und Pflichten gerecht zu werden, haben eine Reihe von Folgen gehabt. So müssen heute führende Persönlichkeiten und hohe Amtsträger immer mehr Zeit und Energie für die Teilnahme an globalen und regionalen bzw. fachlichen Tagungen aufwenden. Die schnellen Verkehrsmittel unserer Zeit haben diese Bürde nicht nur nicht vermindert, sondern sogar eher erhöht, da man jetzt viel mehr internationale Tagungen im Jahr besuchen kann als früher. Sobald man jedoch das Düsenflugzeug verlassen hat, stellt man fest, daß die Methoden und Verfahren sich seit 1919 nicht sehr verändert haben. Man findet dasselbe Programm förmlicher Debatten, bei denen vor oft nicht gerade sehr gespannten Zuhörern vorbereitete Erklärungen verlesen werden. Darauf folgen Ausschlußarbeit, weitere Plenarsitzungen, die Verabschiedung verschiedener Formen von internationalen Instrumenten und natürlich gesellschaftliche Veranstaltungen. Das alles ist verbunden mit einer enormen Flut an Dokumenten in den gewünschten Sprachen und mit viel Eifer und Geschäftigkeit. Häufig fehlt es an Spontaneität und an Spannung, was nicht nur für die Teilnehmer selbst deprimierend ist, sondern sich auch der breiteren Öffentlichkeit mitteilt.

Nachdem ich diesen Prozeß als Generalsekretär fast sieben Jahre lang beobachtet habe, muß ich offen sagen, daß ich über seine Folgen nicht sehr glücklich bin. Die Themen der Tagesordnung der Vereinten Nationen könnten kaum interessanter und wichtiger sein, aber wir haben einfach zu viele Zusammenkünfte, Konferenzen und Tagungen der einen oder anderen Art. Dies führt dazu, daß selbst unter den Regierungsvertretern immer weniger Teilnehmer den Reden zuhören, von der Presse und der Öffentlichkeit ganz zu schweigen. Bei manchen Sitzungen der Vereinten Nationen genügt ein einziger Blick auf die Presse- oder Zuschauertribüne, um dies zu erkennen. Es wird vielfach kritisiert, daß wir zwar viele Reden halten und Dokumente verfassen, aber wenig erreichen, selten spontan debattieren und nicht viel praktisch in Bewegung setzen.

Ich möchte gleich sagen, daß ich die Bedeutung und Wichtigkeit der vielfältigen Aktivitäten der Vereinten Nationen oder die

Aufrichtigkeit, mit der die Regierungen diese verfolgen, keineswegs bezweifle. Was mich stört, ist, daß unsere Verfahrensweisen den Effekt haben können, daß sie die Aufnahmefähigkeit der Staaten überbeanspruchen, das öffentliche Interesse an lebenswichtigen Fragen einschlafen lassen und formale, bisweilen rhetorische Wortwechsel an die Stelle von Taten setzen. Wenn der Einfluß und die Wirksamkeit internationaler Institutionen zunehmen soll und wenn man will, daß diese von der breiten Öffentlichkeit ernst genommen werden, muß dieses Problem mit derselben Ernsthaftigkeit angegangen werden, mit der wir politische und wirtschaftliche Fragen behandeln. Ich kann mir nicht vorstellen, daß mir irgendein nationaler Vertreter oder ein Angehöriger einer Regierung, der den erschöpfenden internationalen Tagungskalender der letzten ein oder zwei Jahre mitgemacht hat, widersprechen würde, wenn ich meine, daß bei aller Unantastbarkeit unserer Motive die Art und Weise, wie wir die Dinge behandeln, dringend einer ernsthaften Überprüfung bedarf.

Ich weiß aus Erfahrung, daß dies viel leichter gesagt als getan ist. Um bei diesem Problem voranzukommen, bei dem es ebenso um politische Symbolik wie um Verfahrensfragen und Bürokratie geht, benötigen wir einen selbstlosen Ritus, der von allen akzeptiert, getragen und unterstützt wird. Wir müssen in der Lage sein, neue Verfahren zu entwickeln, die der Geschwindigkeit, der Vielfalt und der ungeheuren Komplexität des modernen Lebens gerecht werden. Wir müssen besseren Gebrauch von modernen Fachkenntnissen und Techniken machen. Wir müssen unsere Organisation auf den neuesten Stand bringen und sie in die Lage versetzen, den Wettlauf mit den sehr realen Problemen zu gewinnen, die sie im Namen der Menschheit behandelt.

Ich habe die größte Achtung vor der Einsatzbereitschaft, der schweren Arbeit und den Fähigkeiten der Vertreter der Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen. Mir liegt jedoch daran, daß ihre Bemühungen möglichst viele Früchte tragen. Mir liegt ferner daran, daß die breite Öffentlichkeit besser versteht, was wir hier tun, wie wichtig alle Probleme sind, mit denen wir uns befassen, und welche berechtigten Motive dahinterstehen. Ich würde Anregungen der Mitgliedstaaten zu diesem Problem begrüßen, denn es ist meiner Ansicht nach an der Zeit, eine intensive, informelle Diskussion darüber zu führen, wie wir unsere Organisation hinsichtlich ihrer Verfahren in ein konstruktiveres Verhältnis zu den drängenden Realitäten des modernen Lebens bringen können.

Es wäre vielleicht gar nicht so falsch, wenn wir uns zunächst um die Verbesserung und Rationalisierung der Arbeitsweise der Generalversammlung bemühen. Die Versammlung ist in den letzten drei Jahrzehnten von einem 50 Mitglieder zählenden Gremium mit einer Tagesordnung von ungefähr 20 Punkten zu einer Versammlung von fast 150 Mitgliedern mit einer Tagesordnung von etwa 130 Punkten gewachsen. Den Mitgliedern ist es zu verdanken, daß die ordentlichen Tagungen trotz der Verdreifachung der Mitgliederzahl nicht länger geworden sind. Ich glaube jedoch, daß es eine sehr gesunde Entwicklung wäre, wenn die Tagesordnungen der Versammlung überprüft und einige weniger dringliche Punkte aus ihr entfernt werden könnten.

Es gibt noch andere Möglichkeiten, mit denen wir die Wirksamkeit und den Erfolg der Arbeit der Generalversammlung erhöhen könnten. Ich glaube, es wäre gut, wenn wir uns streng an den ursprünglichen Gedanken halten würden, die Tagesordnungspunkte erst nach ihrer vollständigen Erörterung im Ausschuß zur endgültigen Entscheidung ins Plenum zu bringen. Die Praxis der willkürlichen Auswahl bestimmter Punkte für die Erörterung im Plenum führt leicht sowohl zu Doppelarbeit wie zu verringerter Wirkung und bringt den Arbeitsplan der Versammlung durcheinander.

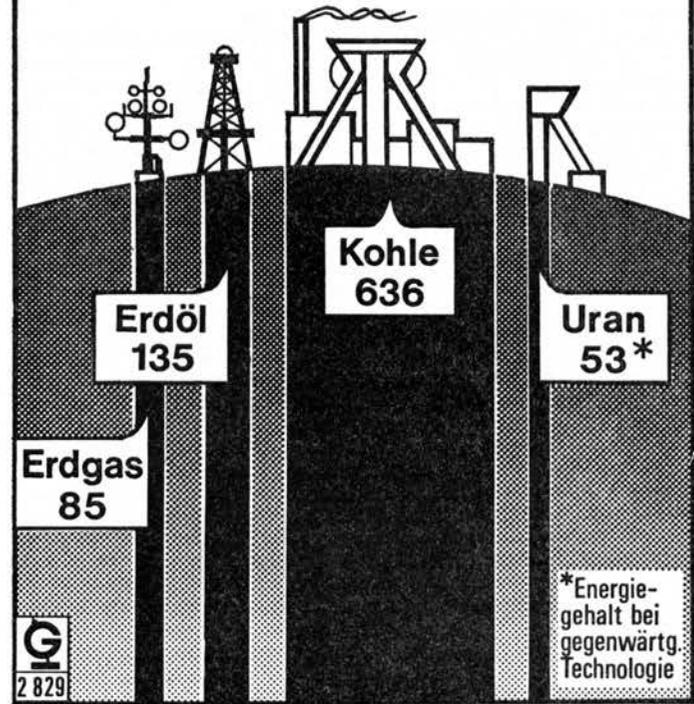
### XI. Der internationale öffentliche Dienst

Zum Kern des Problems, wie man ein handlungsfähiges System für eine Weltordnung aufbauen kann, gehört die Konzeption eines internationalen öffentlichen Dienstes. Der internationale öffentliche Dienst sollte der objektive Vollstrecker der Beschlüsse zwischenstaatlicher Gremien sein. In ihm sollten sich Sachkenntnis, gesunder Menschenverstand, objektives Urteil und mäßiger Einfluß vereinen. Er sollte die gemeinsame Grundlage darstellen, auf der die Regierungen mit der Harmonisierung ihrer sich widersprechenden Auffassungen beginnen können. Er sollte eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen um ein funktionierendes Gleichgewicht zwischen nationaler Souveränität und nationalem Interesse einerseits und internationaler Verantwortung andererseits spielen.

In einer Welt miteinander konkurrierender souveräner Staaten ist dies in der Tat ein ehrgeiziges Ziel, aber ich bin fest davon überzeugt, daß unser künftiger Erfolg zu einem großen Teil von unserer Fähigkeit abhängen wird, einen wahrhaft internationalen öffentlichen Dienst mit den höchsten Ansprüchen an Redlichkeit und Leistung aufzubauen. Dadurch, daß die Vereinten Nationen eine hochpolitische Organisation sind, wird sowohl die Notwen-

## Die Energieschätze der Erde

### Wirtschaftlich abbaubare Reserven in Mrd. Tonnen SKE



Der Anteil von Erdöl und Erdgas an den Welt-Energiereserven liegt schätzungsweise bei knapp einem Viertel; am Verbrauch dagegen sind sie derzeit mit annähernd zwei Dritteln beteiligt. Eine Renaissance der Kohle wird für die achtziger Jahre erwartet.

digkeit eines unparteiischen internationalen öffentlichen Dienstes als auch die Schwierigkeit seiner Verwirklichung noch unterstrichen. Dennoch glaube ich, daß wir bei dieser sehr schwierigen Aufgabe Fortschritte machen.

Wie bei so vielen anderen Aktivitäten der Vereinten Nationen sind die Unterstützung und das Verständnis der Mitgliedstaaten die erste unabdingbare Voraussetzung für Verbesserungen. Die Regierungen erkennen meinem Eindruck nach immer mehr an, daß ein objektives und zuverlässiges Sekretariat im langfristigen Interesse aller Mitglieder liegt. Ferner wird inzwischen besser verstanden, daß Objektivität und Unparteilichkeit — auch wenn sie in der Hitze einer Krise nicht immer populär sein mögen — eine Sicherheit und einen Wert darstellen, die respektiert und geschützt werden müssen. Zur Wahrung dieser Haltung müssen der Generalsekretär und das Sekretariat häufig Pressionen aus vielen Richtungen standhalten, aber eben von dieser Standhaftigkeit gegenüber äußerem Druck hängt ihre langfristige Glaubwürdigkeit und Nützlichkeit für alle Mitglieder ab.

Das Sekretariat muß seinerseits sein eigenes Vorgehen stets mit größter Sorgfalt beobachten. Es muß wissen, unter welchen Schwierigkeiten und Pressionen die Regierungen selbst stehen, und alles in seinen Kräften Stehende tun, um es den Regierungen zu erleichtern, im Sinne der Beschlüsse der Hauptorgane der Vereinten Nationen zu handeln.

Selbstverständlich muß sich das Sekretariat im Rahmen der Beschlüsse der zwischenstaatlichen Organe der Vereinten Nationen bewegen, es darf dabei aber nicht die Fähigkeit zur praktischen und objektiven Durchführung dieser Beschlüsse verlieren. Angesichts der ziemlich allgemeinen Natur und Formulierung einiger dieser Beschlüsse, insbesondere bei umstrittenen Fragen, ist dies nicht immer leicht, aber auch hierbei haben wir nach meiner Ansicht Fortschritte erzielt.

Die Arbeitsbeziehungen z. B. zwischen dem Sicherheitsrat, dem Generalsekretär und dem Sekretariat haben sich vor allem bei einigen sehr schwierigen Problemen der Friedensstiftung (peacemaking) und Friedenssicherung (peace-keeping) meinem Eindruck nach in äußerst ermutigender Weise in diese Richtung entwickelt. Ich möchte an dieser Stelle den Ratsmitgliedern meinen Dank für ihre Unterstützung und ihr Verständnis bei der praktischen Bewältigung einiger komplizierter und umstrittener Probleme aussprechen, mit denen wir vor kurzem konfrontiert waren.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung für den Aufbau eines leistungsfähigen internationalen öffentlichen Dienstes ist die Verfügbarkeit von hochqualifizierten, auf einer möglichst reprä-

sentativen geographischen Grundlage eingestellten Männern und Frauen für den Dienst im Sekretariat. Die Schwierigkeiten, die wir bei den diesbezüglichen Bemühungen angetroffen haben, sind in anderen Dokumenten ausführlich dargelegt worden. Ich glaube, daß wir Fortschritte machen, daß es aber langsam und manchmal nur schleppend vorangeht. Insbesondere macht mir Sorgen, wie schwierig es ist, Frauen an angemessenen hohen Stellen ins Sekretariat zu bringen. Ein Hauptproblem ist dabei der Mangel an geeigneten und verfügbaren Kandidatinnen.

Sorgen machen mir natürlich auch die Gefahren der Aufblähung, der Unausgewogenheit, des Mitschleppens von unproduktiven Mitarbeitern und der Doppelarbeit, die mit allen Bürokratien, und natürlich auch den internationalen, verbunden sind. Dieses Problem hängt mit der besonderen Schwierigkeit zusammen, die Vorstellung von einer wohlstrukturierten und beweglichen Laufbahn auf eine internationale Organisation zu übertragen, bei der es sehr viel schwieriger ist, ein zufriedenstellendes und wirksames Laufbahnsystem aufzubauen als in einer nationalen Verwaltung.

Wenn wir zu einem wohlstrukturierten Laufbahnsystem kommen wollen, in dem man vorankommen kann und auf dessen Leistungsniveau Verlaß ist, müssen wir noch viel gründlicher der Frage nachgehen, was gegenwärtig unsere Produktivität hemmt, welche Bedingungen die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus erschweren und, positiver gesagt, was es für Anreize für eine berufliche Weiterentwicklung gibt, die den einzelnen Bediensteten zufriedenstellt und gleichzeitig den Interessen der Organisation dient. Wir wissen zwar viel über Laufbahnsysteme in den einzelstaatlichen Verwaltungen, jedoch sehr viel weniger darüber, wie man in internationalen Organisationen ein konsistentes, von der Qualität und Integrität der Beteiligten ausgehendes Laufbahnsystem aufbauen kann. Alle unsere Bemühungen um gutes Personal sind sinnlos, wenn wir nicht auch diesem Problem die gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Damit kommen wir zu der Frage, ob das internationale Berufsbeamtentum oder eine Abstellung von Beamten durch die einzelnen Staaten vorzuziehen ist. Ich bin der Auffassung, daß das Sekretariat der Vereinten Nationen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen beiden Elementen nötig hat, wenn es erfolgreich arbeiten und den aktiven Kontakt zu den Realitäten der internationalen Beziehungen behalten soll. Ich glaube allerdings auch, daß der in der Charta vorgesehene ständige internationale öffentliche Dienst mit eigenen Laufbahnen eine wesentliche Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken, die Weiterentwicklung und die Kontinuität des Sekretariats darstellt. Wenn diese Voraussetzung fortfallen würde, bestünde die Gefahr, daß das Sekretariat schlicht zum verlängerten Arm der auswärtigen Dienste der Mitglieder auf internationaler Ebene wird. In diesem Fall würde es aufhören, die zentrale Koordinierungsstelle in den internationalen Beziehungen zu sein, die ich zu Beginn dieses Abschnitts zu beschreiben versucht habe.

Ich bin mir voll bewußt, welch großen Wert die Regierungen darauf legen, im Sekretariat angemessen vertreten zu sein. Dies ist in der Tat eine willkommene Bestätigung ihrer positiven Haltung zur Arbeit der Organisation. Auf der anderen Seite muß ich jedoch sagen, daß mir der wachsende Druck aller Seiten zur Besetzung von Posten vor allem in den höheren Rängen des Sekretariats immer mehr Sorgen macht. Die höchsten Stellen, d. h. der Untergeneralsekretäre und der Beigeordneten Generalsekretäre können sicher zu einem gewissen Grad als politische Ernennungen angesehen werden, an denen die Mitgliedstaaten ein legitimes Interesse haben. In den darunter liegenden Rängen wird die Konkurrenz der Regierungen um Stellen jedoch allmählich zu einem großen Hindernis für einen ausgewogenen und sinnvollen Ausbau des Sekretariats. Ich appelliere an alle Mitgliedstaaten, im Interesse des Aufbaus eines leistungsfähigen, ausgewogenen und repräsentativen internationalen Sekretariats, das auf lange Sicht den Interessen aller Mitglieder am besten dient, in diesen Dingen größte Zurückhaltung zu üben. Der Aufbau eines leistungsfähigen und aktiven internationalen öffentlichen Dienstes wird sonst ernsthaft behindert. Kein öffentlicher Dienst kann lange bestehenbleiben, wenn er Bedienstete, die ihm über lange Zeit gewissenhaft und mit vollem Einsatz gedient haben, nicht durch vernünftige Aufstiegsmöglichkeiten entschädigt.

## **XII. Die doppelte Aufgabe der Vereinten Nationen: Krisenmanagement und Strukturveränderungen**

Die Tätigkeit der Vereinten Nationen besteht aus zwei Hauptaufgaben, die parallel zueinander verfolgt werden. Einmal versuchen sie, durch internationale Zusammenarbeit die gewaltigen, aktuellen Probleme einer Welt zu lösen, die sich von Grund auf wandelt und weiterentwickelt. Parallel dazu wird jedoch das zweite Ziel verfolgt, die eher vom Zufall bestimmten Beziehungen und Entwicklungen einer von Spannungen und Konflikten geprägten Welt durch die funktionierenden Institutionen, die systematische Problembehandlung und den Geist der Solidarität einer vom Gemeinsinn ausgehenden Weltordnung zu ersetzen.

Die Tatsache, daß den Vereinten Nationen jedes Jahr neue Probleme übertragen werden, ist ein Beweis für das wachsende Gefühl, daß internationale Zusammenarbeit und multilaterales Vorgehen in vielen Fällen der beste und manchmal der einzige Weg sind, um dringende weltweite Probleme in den Griff zu bekommen. Dies ist eine positive Entwicklung, die die Aktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Organisation von Mal zu Mal auf eine neue Bewährungsprobe stellt und zugleich vergrößert.

Die Festlegung von Zielen oder Aktionsplänen ist ein wesentlicher erster Schritt beim Aufbau jeder Institution. Der Aufbau eines institutionellen Rahmens, der in der Lage ist, diese internationalen Ziele bzw. Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, ist unvermeidlich ein viel längerer Prozeß. Es geht nicht nur um die Einigung über Handlungsweisen, den Aufbau von Institutionen, die Entwicklung von Arbeitsmethoden und die Schaffung eines qualifizierten und verantwortungsbewußten internationalen öffentlichen Dienstes; es geht vielmehr auch um die Neuorientierung der Haltung von Regierungen und vielen anderen Institutionen von einer früheren, vorwiegend nationalen Denkweise zu einer neuen Haltung, bei der internationale Institutionen geachtet und konsequent für die praktischen Aufgaben einer akzeptierten Weltordnung in Anspruch genommen werden. Dies verlangt Zeit, Kraft und vor allem die allgemeine Überzeugung, daß ein solcher Übergang nicht nur dem langfristigen Interesse aller Regierungen dient, sondern auch entscheidend für eine einigermaßen sichere und zivilisierte Zukunft der Menschheit ist.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind zwar weitreichende Grundsätze und Ziele festgelegt und verschiedene umfassende Aktionspläne vereinbart worden, aber die Inanspruchnahme der Vereinten Nationen für systematische praktische Maßnahmen ist eher die Ausnahme als die Regel. Insbesondere im politischen Bereich werden praktische Maßnahmen gewöhnlich erst dann von dieser Organisation verlangt, wenn alle anderen Methoden versagt haben und die Dinge schon einen ziemlich schlimmen Lauf genommen haben. Dies verleiht den Maßnahmen der Vereinten Nationen häufig den Charakter einer improvisierten Notlösung, was weder ihrer Stellung in der Welt gerecht wird noch das Vertrauen demonstriert, das die Regierungen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in die Leistungsfähigkeit und die Kapazität ihrer eigenen Institution setzen sollten.

Ich hoffe sehr, daß die schon oben erwähnte größere Verantwortung, die die Vereinten Nationen in diesem Jahr übernommen haben, zugleich eine Veränderung der allgemeinen Haltung und die Zunahme der Überzeugung ausdrückt, daß die Vereinten Nationen in einer unvollkommenen Welt den besten Ansatz zur Lösung vieler lebenswichtiger Probleme bieten.

Ich hoffe ferner, daß die Regierungen, wenn sie bereit sind, die Vereinten Nationen künftig immer öfter mit wichtigen Problemen zu betrauen, dann zugleich auch bereit sein werden, der Organisation nicht nur mit Worten, sondern auch mit politischer Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Aufgaben zu helfen. Und auch politische Hilfe reicht noch nicht aus. Die Vereinten Nationen müssen wenigstens über ein Mindestmaß an praktischen Mitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügen. Gegenwärtig besteht häufig eine große Kluft zwischen den Mitteln, die man bei nationalen Zielen für angemessen hält, und Mitteln, die für internationale Unternehmungen zur Verfügung stehen. Es ist klar, daß die Vereinten Nationen als Organisation größte Sparsamkeit und Vorsicht bei der Verwendung der ihnen von den Regierungen zur Verfügung gestellten Mittel und Ressourcen walten lassen müssen. Aber umgekehrt sollte auch von der Organisation nicht verlangt werden, daß sie wichtige Aufgaben ohne die Sicherheit einer angemessenen Unterstützung übernimmt.

Ich habe keinen Zweifel daran, daß das kommende Jahr ereignisreich und sogar schicksalhaft sein wird. Neue Aufgaben werden auftauchen, neue Prüfungen zu bestehen sein und einige alte Probleme können sehr wohl ein kritisches Stadium erreichen. Unter solchen Umständen ist weder Optimismus noch Pessimismus angebracht. Vielmehr sollten wir die Situationen realistisch betrachten, in dem Bewußtsein, daß wir bereits beachtliche organisatorische Fortschritte im internationalen Bereich erzielt haben und daß, sofern der Wille dazu besteht, die vorhandenen Institutionen und Instrumentarien erheblich dazu beitragen könnten, unsere Welt sicherer zu machen und den Bedürfnissen und Bestrebungen aller ihrer Bewohner gerechter zu werden.

Überall ist die Rede von Frustration und Verzweiflung und in der ganzen Welt spiegeln die Medien diese Stimmung wider. Ab und zu jedoch erhalten wir — manchmal in den dunkelsten Stunden — einen überzeugenden Beweis für die Richtigkeit des in der Charta enthaltenen Gedankens einer internationalen Ordnung und für die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Vereinten Nationen. Auf diese positiven Entwicklungen sollten wir die künftige Ordnung und damit auch die Zukunft der Vereinten Nationen aufzubauen suchen.

Anmerkung der Redaktion: Für Überschrift und Zwischenüberschriften ist die Redaktion verantwortlich.